

Der umtriebige Lobbyist

Mario Fehr (sp., bisher) zieht die Fäden hinter den Kulissen – auch in sozial- und asylpolitischen Kontroversen

Sein verbaler Hyperaktivismus weckt nicht nur Sympathien. Doch Mario Fehr führt seine Direktion strategisch geschickt durch sozialpolitisch unruhige Gewässer.

Dorothee Vögeli

Wer sich in der Zürcher Sicherheitsdirektion wegen eines Gesprächstermins mit dem obersten Chef meldet, wird umgehend mit einer «Erfolgsliste» der ablaufenden Legislatur bestückt. Wo aber ist die Liste der Fehlschläge? «Wir haben keine Misserfolge», sagt Mario Fehr, für einmal ganz unironisch. Er habe keine Volksabstimmung verloren, kein einziger Vorstoss sei vom Kantonsrat gegen seinen Willen überwiesen worden.

Mit allen im Gespräch

Das erstaunt linke Jungpolitiker nicht. Sie schreiben die Erfolge des SP-Manns vor allem seinem Lobbying zu – auch in Journalistenkreisen. Tatsächlich bemüht sich Fehr mit bemerkenswertem persönlichem Einsatz ständig, auch ausserhalb des Regierungsrats Mehrheiten für seine Geschäfte zu gewinnen. Berührungsängste kennt er nicht. Regelmässig telefoniert er mit den bürgerlichen Fraktionspräsidenten des Kantonsrats und bedankt sich mitunter persönlich bei rechtskonservativen Vertretern, wenn sie in seinem Sinn abgestimmt haben.

«Es lohnt sich, mit allen zu reden», sagt der 57-jährige Jurist mit dem Elefantengedächtnis, der wenig schmeichele mediale Repliken zu seiner Person nie vergisst. Dass er solche selber provoziert, indem er ausgerechnet Journalisten zu seinen Verbündeten zählen will, liegt in der Natur der Sache. Umso mehr erstaunt seine manchmal harsche Reaktion auf Kritik. Er selber sieht dahinter nicht verletzte Eitelkeit. «Ich bin Regierungsrat, weil ich etwas bewegen will. Ich sehe mich als einen kritikfähigen Reformen, der die anstehenden gesellschaftspolitischen Herausforderungen gemeinsam angehen will», sagt er.

Seinen Gestaltungswillen in der Sozialpolitik anerkennen auch die Jungen Grünen. Doch weil ihnen Fehr in Sicherheitsfragen zu bürgerlich ist, empfehlen sie ihn trotzdem nicht zur Wiederwahl. Ein Dorn im Auge ist ihnen sein Engagement für das Hooligan-Konkordat, die Verschärfung des Polizeigesetzes sowie seine flammende Rede im Kantonsrat für die Beibehaltung von Tasern und Gummischrot. Fehr wolle wieder mit dem besten



Sicherheitsdirektor Mario Fehr (sp.) bezeichnet sich selbst als «linksliberalen Reform-Sozialdemokraten».

ANNICK RAMP / NZZ

Resultat gewählt werden, deshalb fische er im bürgerlichen Teich und outh sich mittlerweile gar als «Polizeifan», werfen sie dem amtierenden Sicherheitsdirektor vor, der sogar seine eigene Partei auf seinen Kurs bringen konnte.

«Ich bin ein Polizeifan, das stimmt absolut», hält der Angeschossene fest. Im demokratischen Rechtsstaat sei die Wahrung der öffentlichen Sicherheit eine zentrale Aufgabe. Diese erfülle die Kantonspolizei hervorragend, deshalb habe er sich schon als Kantonsrat dafür eingesetzt, dass das Korps seinen Sollbestand erreicht. Auch dem Militär fühlt sich Fehr verbunden: «Ich war immer für die Armee – aber stets auch für Reformen.» Er sei ein «linksliberaler Reform-Sozialdemokrat», sagt Fehr; seine Position entspricht am ehesten dem Landesring, so es ihn denn noch gäbe.

Tatsächlich sind Mario Fehr revolutionäre Bewegungen von Haus aus fremd. Sein Vater war LdU-Gemeinderat, er selber kandidierte 1982 als Parteilos auf einer LdU-Liste für das Adliswiler Gemeindeparlament und trat im selben Jahr der SP bei. Nach einer «Ochsentour» durch die lokale Legislative und Exekutive sowie durch das kantonale und nationale Parlament sah er 2011 die Zeit reif für den Sprung in den Regierungsrat.

Fehrs erste Amtsperiode begann vergleichsweise gemächlich. Den Wirbel um die umstrittene Zürcher Härtefallpraxis hatte sein Vorgänger Hans Holenstein noch beilegen können; seit der Wiedereinführung einer Härtefallkommission und der Berufung von Urs Betschart zum Chef des Migrationsamts ist die Kritik abgeebbt. Auch die Nothilfestandards oder die Ausschaffungspraxis sind aus den Schlagzeilen verschwunden. Von Anfang an setzte Fehr auf ein gutes Einvernehmen mit den Gemein-

den. Ohne Federlesens beendete er den jahrelangen Streit zwischen dem Kanton und Eglisau, indem er die Pläne für die umstrittene Asylunterkunft sistierte. Fortan konnte sich der politische Pragmatiker und Schnelldenker, der innert Kürze auch in seinen komplexen Dossiers sattelfest war, auf sein 2011 formuliertes Hauptanliegen konzentrieren: auf das stärkere Einbringen der Zürcher Interessen in die Bundespolitik. Bei der Neustrukturierung des Asylwesens zahlt sich Fehrs Einsatz

aus: Der Bund kompensiert mittlerweile die Sonderleistungen des «Ausschaffungskantons» am Flughafen.

Baustelle Sozialpolitik

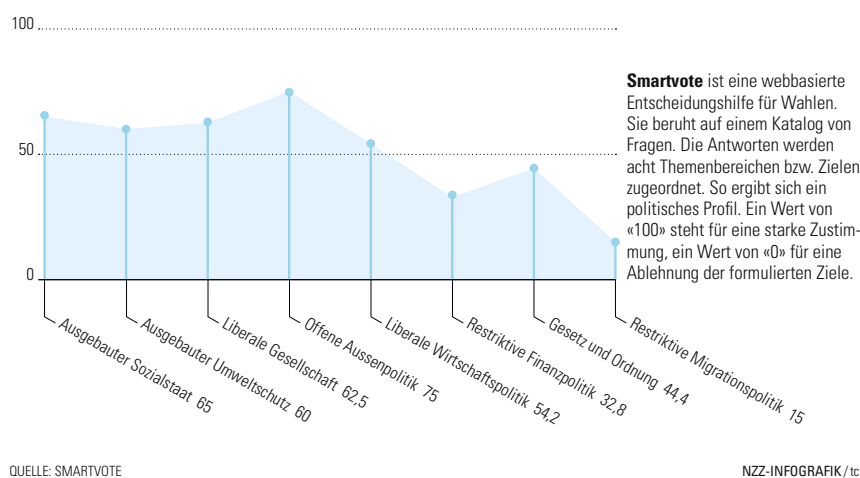
Seine grösste Baustelle ist die Sozialpolitik geworden. Denn die kantonale SVP hat in ihrem Kampf gegen die ihr schon lange suspekte Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) Unterstützung aus FDP- und GLP-Kreisen erhalten. Fehr, der mittlerweile in Zürich wohnt, hält energisch dagegen. Hinter den Kulissen zieht er die Fäden, um die verlangte Aufhebung der Rechtsverbindlichkeit der Skos-Richtlinien im Kanton Zürich abzuwenden. Als Vizepräsident der Sozialdirektorenkonferenz (SODK) pochte er auf eine schnelle Revision der Skos-Richtlinien und setzte sich dafür ein, diese künftig von der SODK beschliessen zu lassen. Nicht nur solche formalen Anliegen hat die Skos aufgenommen, sondern auch die inhaltliche Position der Zürcher Regierung: In der kürzlich eröffneten Vernehmlassung stellt der Fachverband ausser der Höhe des Grundbedarfs unter anderem Kürzungen bei Grossfamilien und jungen Erwachsenen zur Debatte.

Offen ist, ob er dereinst die Verbindlichkeit der im Sinn der Zürcher Regierung reformierten Skos-Richtlinien auf seine Erfolgsliste setzen kann. Wichtigste Bedingung ist seine Wiederwahl. Ob mit dem besten Resultat oder nicht, sei ihm nicht wichtig, betont er selber.

«SPIDER» WIRD KANDIDATENPROFIL

Die Umfrageergebnisse der Wahlhilfe Smartvote, an der sich die NZZ in den letzten Jahren immer beteiligt hat, lassen sich grafisch unterschiedlich darstellen. Bis jetzt bekannt sind etwa die Smart-Map, auf der sich politische Positionen auf einer Art politischer Landkarte darstellen lassen, oder der Smart-Spider, der die Haltungen zu ausgewählten Fragen in einer Spinnengrafik zeigt. Die NZZ hat aus diesem Spider nun eine eigene Darstellung für das Kandidatenprofil entwickelt. Der Vorteil dieser neuen Grafik, die auf den ersten Blick an ein beschriftetes Bergpanorama erinnert, ist die Vergleichbarkeit in Online-Darstellungen. Vorerst können auf www.nzz.ch die Profile der Regierungsratskandidaten und -kandidatinnen miteinander verglichen werden. Demnächst wird es – wie in früheren Jahren – wieder möglich sein, einen persönlichen Fragebogen auszufüllen und das so entstehende Profil mit jenen der Kandidaten für Kantons- und Regierungsrat zu vergleichen.

Mario Fehr, SP



Kein Patentrezept gegen die «Heiratsstrafe»

Der Kantonsrat will doch keinen Sozialabzug für Ehepaare – GLP fordert Splitting, FDP will Individualbesteuerung

Verheiratete und unverheiratete Paare steuerlich gleichstellen – das will auch der Zürcher Kantonsrat. Nur kann man sich nicht einig, wie.

rib. · Im November 2013 war man sich einig: Mit 104 Stimmen unterstützte der Kantonsrat damals eine parlamentarische Initiative, die von Vertretern von EDU, SVP und EVP eingereicht worden war: Sie will bei den Staats- und Gemeindesteuern für Ehegatten einen zusätzlichen Abzug von 2600 Franken einführen. Damit soll auf kantonaler Ebene die «Heiratsstrafe» gemildert werden: der Umstand also, dass verheiratete Doppelverdiener steuerlich schlechter fahren als unverheiratete. Bei der Bundessteuer gilt das bereits seit 2008.

Gut ein Jahr später ist die Einigkeit weg: Nun beantragt die vorberatende Kommission des Parlaments dem Rat, die Initiative abzulehnen. Und zwar mit

10 zu 5 Stimmen, wie sie am Donnerstag bekanntgab. Das heisst, dass nur die SVP für die Initiative stimmte – EDU und EVP sind in der Kommission nicht vertreten. Damit ist das Anliegen vom Tisch. Die Linke ist sowieso dagegen. FDP, CVP und Grünliberale haben sich nun verabschiedet, zum Ärger der EDU. Sie spricht von einer unverständlichen Kehrtwende. «FDP, CVP und GLP lassen die Familien im Stich», gibt sie zu Protokoll. Man wolle sich nicht für die Ehe starkmachen und lehne deshalb eine Steuerentlastung von einigen hundert Franken jährlich ab.

Abzug ändert nur wenig

Für die Kommissionsmehrheit geht es aber nicht um ein Statement gegen die Ehe, sondern um Systematik. Modellrechnungen zeigten, dass ein Abzug das Problem nicht löse, sagt Regine Sauter (fdp., Zürich). Ehepaare ohne Kinder würden steuerlich nicht wesentlich höher belastet als Konkubinatspaare in

gleichen Verhältnissen. Mit einem zusätzlichen Abzug würde sich nur wenig ändern. Bei Ehepaaren mit Kindern ist der Unterschied zu Konkubinatspaaren zwar grösser, doch auch dort würde ein Abzug bei den Steuerpflichtigen kaum zu Buche schlagen. Gewichtige Folgen hätte er allerdings bei den Steuererträgen. Laut dem Steueramt würden Kanton und Gemeinden jährlich rund 140 Millionen Franken weniger einnehmen.

Auch die FDP habe die Initiative zunächst unterstützt, räumt Sauter ein. Allerdings vor allem, um sich ein Bild der Verhältnisse zu machen. Aufgrund der Fakten wolle man die Forderung gemeinsam mit CVP und GLP nun nicht weiterverfolgen. Für die Mehrheit der Kommission steht fest, dass ein Steuerabzug der falsche Weg ist. Sinnvoll wäre ihrer Ansicht nach ein Systemwechsel. Doch auch da kann man sich nicht einig. Die GLP lanciert gleichzeitig mit der Ablehnung der Initiative eine Motion, die auf kantonaler Ebene das Splitting einführen will – das heisst, dass

die Einkommen beider Ehepartner zusammengezählt werden, der Steuersatz aber auf der Basis nur eines Teil des Gesamteinkommens festgelegt wird.

Warten auf den Bund

CVP und BDP unterstützen diesen Vorschlag und fordern den Regierungsrat auf, endlich zu handeln. Die FDP dagegen würde laut Regine Sauter die getrennte Besteuerung der Ehegatten vorziehen – eine Lösung, die aber auf kantonaler Ebene nicht umsetzbar ist, sondern vom Bund her kommen muss. In Bern wird seit Jahren über das Problem beraten, doch eine mehrheitsfähige Lösung ist nicht in Sicht. Um so nötiger wäre es, endlich eine Lösung zu haben, auch wenn sie nicht perfekt sei, moniert die SVP. Sie sieht im Steuerabzug ein taugliches Modell: einfach und unbürokratisch. Zudem sei nicht einzusehen, warum etwas, was bei der Bundessteuer seit Jahren gelte, auf kantonaler Ebene nicht funktionieren solle.

Bahnreisezentrum Winterthur eröffnet

Alle Angebote an einem Ort

sho. · Rund ein Jahr lang haben die SBB ihr Reisezentrum im Hauptbahnhof Winterthur umgebaut. Seit Donnerstag steht es nun den Kunden zur Verfügung. Damit werden neu sämtliche Angebote und Dienstleistungen der SBB an einem Ort angeboten. Das Reisezentrum ist im nördlichen Teil des Hauptgebäudes untergebracht. Im Eingangsbereich befindet sich eine Self-Service-Zone, und ein Mitarbeiter erteilt Auskünfte. Insgesamt stehen elf Schalter zur Verfügung, für Tickets, Geldwechsel und Überweisungen. An drei Schaltern ist das SBB-Reisebüro präsent. Insgesamt haben gemäss Mitteilung knapp 50 Mitarbeiter im neuen Bahnreisezentrum ihre Arbeitsplätze bezogen. Drei Geldautomaten sind neu von der Haupthalle und ebenso vom Gleis 3 aus rund um die Uhr zugänglich. Am Standort des bisherigen Reisezentrums wird im Sommer auf rund 200 Quadratmetern die erste Starbucks-Filiale in Winterthur eröffnet.